

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.05.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:16 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Burfeind, Heidrun

Götze, Horst

Schulze, Kai-Uwe

Strelow, Gregor

Wessels, Johann

für Rico Mecklenburg

CDU-Fraktion

Hoffmann, Monika

Orth, Petra

für Helmut Bongartz

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolk, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

von der Verwaltung

Discus, Gerhard

Baumann, Albert

Willms, Artur

Jakobs, Stefan

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Swieter weist darauf hin, der Tagesordnungspunkt 7 werde von der Verwaltung zurückgezogen, da er bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt behandelt worden sei.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 15/1546

Herr Lutz weist darauf hin, dass der nunmehr vorliegende Eckdatenbeschluss im Prinzip eine Aufgabenstellung an den Rat und die Verwaltung sei. In diesem Jahr werde pro Emdener Bürger ein Defizit von 260 € gemacht. Nach den vorliegenden Planungen kämen im nächsten Jahr noch einmal 30 € dazu. Das sei seiner Meinung nach eine Belastung, die den Bürgern nicht unbedingt aufgeladen werden sollte.

Frau Hoffmann erklärt, ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen, wohl wissend, dass es auch in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt mit einem Defizit geben werde.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage zur Vorlage T 15/1546 beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2011

Ergebnis: einstimmig

Frau Hoffmann bemerkt, nachdem diese Vorlage einstimmig beschlossen worden sei, möchte sie einen Nachsatz an die Befürworter der IGS richten und daran erinnern, dass beim Fachbereich 600 für die IGS kein Euro enthalten sei.

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Schulze bedankt sich für den Hinweis und erklärt, es sei hinlänglich bekannt, wie seine Fraktion dazu stehe. Die SPD-Fraktion wolle die IGS und werde nach Möglichkeiten suchen, die fehlenden Klassenräume einzurichten.

TOP 5 Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer
Vorlage: 15/1581

Herr Lutz stellt heraus, zunächst müsse klar gesagt werden, welche Interessen die Stadt Emden habe und welche Interessen andere Städte hätten. Er wolle hier die Gewerbesteuerschätzung vorlegen. Die Stadt Emden habe wie jede Kommune ein anderes Verhältnis zur Gewerbesteuer, weil die Steuereinnahmen ganz unterschiedlich seien. Nunmehr würde es Leute geben, die sagten, die Kommunen müssten zum Sparen gebracht werden. Weiterhin sei dafür zu sorgen, dass die Kommunen ein anderes Einnahmesystem bekämen. Herr Lutz erklärt, er habe heute in der Presseerklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Nds. Städtetages gelesen, dass 95 % aller Ausgaben, die eine Kommune habe, klar gesetzlich geregelt seien. Somit könne man nur über 5 % reden, doch diese freiwilligen Leistungen machten eine Stadt lebens- und liebenswert. Da auch noch für die Zukunft Bewegungsmasse und –spielraum benötigt werde, müsse man das, was an freiwilligen Leistungen vorhanden sei, schlicht und ergreifend auf den Prüfstand stellen. Wenn man auf der einen Seite die Ausgabesituation betrachte, könne man auf der anderen Seite auch etwas zur Einnahmesituation sagen. Herr Lutz bemerkt, eine Gewerbesteuer, die sich ständig verändere, sei für eine mittelfristige Planung nicht besonders erfreulich. Die Verwaltung habe als Ansatz immer den Schnitt der letzten zehn Jahre genommen, der heute ungefähr bei 26 Mio. € liegen würde. Man könne darüber diskutieren, ob die Kommunen tatsächlich eine Gewerbesteuer bräuchten. Der Nds. Städtetag habe eine Musterresolution erarbeitet, die 100 %ig auf die Stadt Emden passe.

Herr Lutz stellt anschließend die Situation der Gewerbesteuer anhand einer PowerPoint-Präsentation dar. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Swieter bedankt sich bei Herrn Lutz für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ammersken ist der Auffassung, dass das Festhalten an der Gewerbesteuer nicht die Lösung der kommunalen Finanzprobleme sei. Für seine Fraktion sei die Gewerbesteuer ein Instrument, was sehr volatil sei und keine dauerhafte solide Planung für die Kommunen zulasse. Neben dem Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung würden seiner Meinung nach auch noch andere Vorschläge auf dem Tisch liegen, die ebenfalls in der Kommission der Gemeindefinanzreform in der Bundesregierung mittlerweile diskutiert würden. Es werde davon gesprochen, die Kommunen deutlich höher an der Umsatzsteuer zu beteiligen. Auch sei die Rede davon, die Körperschaftssteuer und die Einkommenssteuer mit einem Hebesatz zu versehen. Nach den Darstellungen von Herrn Lutz würde das zu erhöhten Kosten bei den Unternehmen führen, allerdings nur unter der Prämisse, dass man die Eingangssteuersätze nicht absenke. Herr Ammersken führt weiter aus, auch sei dieses mittlerweile in der Gemeindefinanzkommission ein Thema, ebenso wie die komplette Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Herr Lutz habe in seinen Ausführungen erklärt, 95 % aller zu erfüllenden Ausgaben würden von außen auf die Stadt Emden einstürzen. Auch hier müssten der Bund oder das Land entsprechend dafür eintreten. Herr Ammersken stellt fest, alle diese Punkte führten seiner Meinung nach dazu, dass man ganz wertfrei darüber nachdenken müsse, wie man die Kommune auf eine solide Basis stelle und nicht krampfhaft an einem Instrument festhalte, was bewiesen habe, dass es nicht funktioniere. Gerade in konjunkturvolatilen Zeiten, wie man sie heute habe, seien quartalsweise Wirtschaftsprognosen nicht mehr möglich. Er stelle sich auch die Fragen, warum es für eine Kommune schlecht sein sollte, im Wettbewerb zu anderen Kommunen zu treten oder warum man nicht versuche, entsprechende Ansiedlungen z. B. über einen geringeren Hebesatz hinzubekommen.

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Dieses seien Möglichkeiten, mit den Mitteln umzugehen. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion dieser Resolution nicht zustimmen und er hoffe, dass die Kommission zur Gemeindefinanzierung ein entsprechendes Gesetz auf dem Weg bringe, welches die Kommunen langfristig mit einer entsprechenden soliden Finanzbasis ausstatte.

Herr Strelow stellt fest, die Ausführungen von Herrn Ammersken würden deutlich machen, dass die FDP eine Klientelpartei sei. Der Deutsche Städtetag habe parteiübergreifend zu dieser Resolution aufgerufen. Er bemerkt, wer die Abschaffung der Gewerbesteuer als das letzte Heilmittel propagiere, der zünde an der verfassungsmäßig garantierten Selbstständigkeit der Kommunen. In diesem Jahr würden die Städte und Gemeinden ein Defizit von ca. 12 Mrd. € erreichen und in vielen Kommunen müssten Theater, Schwimmbäder und Museen geschlossen werden. Die Situation sei dramatisch und aus diesem Grunde werde die SPD-Fraktion der Resolution selbstverständlich zustimmen. Er halte das von dem Institut für Marktwirtschaft vorgeschlagene Prinzip für unsozial. Seiner Ansicht nach müssten auch die freiberuflich Tätigen zur Gewerbesteuer veranlagt werden. Weiterhin gehöre das Konnexitätsprinzip konsequent umgesetzt. Die Gewerbesteuer trage dazu bei, dass Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben würden. Außerdem müsse daran gearbeitet werden, dass weitere Unternehmen sich ansiedelten, damit die Gewerbesteuer auf stabilere Füße gestellt werde. Seiner Ansicht nach sei man insbesondere mit dem Rysumer Nacken auf einem guten Wege.

Herr Renken ist über die Aussage von Herrn Ammersken nicht verwundert. Schon bei früheren Debatten werde regelmäßig seitens der FDP diese Position vertreten. Seines Erachtens sei es für Emden außerordentlich wichtig, dass an der Gewerbesteuer festgehalten und jegliches Aufweichen abgelehnt werde. Die Gründe hierzu habe Herr Lutz in seinem Vortrag hinreichend dargestellt. Auch er stimme mit dem Inhalt dieser Resolution weitestgehend überein, insbesondere, was die Forderung nach der Verbreiterung der Bemessungsbasis und des Kreises der Zahl von Gewerbesteuer betrifft. Herr Renken führt weiter aus, die Grünen würden bundesweit die Entwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer vertreten. Er gehe davon aus, dass dieses der richtige Weg sei. Wer immer geglaubt habe, dass durch Steuersenkungen für die Unternehmen auch die Wirtschaft wachse, sei in den letzten Jahren eines Besseren belehrt worden. Es müsse die Kaufkraft der Menschen gestärkt werden, denn dadurch werde auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation erreicht.

Herr Renken erklärt weiterhin, er könne Herrn Strelow nur zustimmen. Der Rat der Stadt Emden sollte diese Resolution unbedingt beschließen. Darin sei man sich mit den anderen Städte und Gemeinden einig und jedes Abweichen wäre schädlich.

Frau Hoffmann erklärt, auch die CDU-Fraktion werde dieser Resolution zustimmen. Im Grundprinzip sei es so, dass es ernsthafte Bestrebungen seitens der Bundesregierung geben würde, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Sie sei der Meinung, dass es nicht soweit kommen werde und hoffe, dass diese Resolution erfolgreich sei.

Herr Ammersken bedankt sich bei Herrn Strelow für den Begriff Klientelpartei. Denn das, was die FDP bundesweit vorschlage, solle eine Stärkung der Kommunen darstellen und die Klientel der Kommunen seien die Bürger. Demnach sei die FDP eine Bürgerpartei. Bezüglich des Begriffs kommunale Selbstverwaltung bemerkt Herr Ammersken, diese sei momentan aufgrund des hohen Kostenaufkommens, was derzeit auf die Kommunen niedergehe, nicht mehr gewährleistet. Wenn jetzt seitens der SPD ein Rettungsschirm für die Kommunen gefordert werde, müsse man sich fragen, welchen Sinn dann die Gewerbesteuer mache.

Herr Koziolk führt aus, auch die Fraktion DIE LINKE. werde dieser Resolution zustimmen. Was die Volatilität anbelange müsse es seiner Meinung nach möglich sein, sich darüber Ge-

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

danken zu machen, ob die Kommune Regulationsprinzipien entwerfen könnte. So könnte man einen Ausgleich erzeugen und bei sehr hohen Einnahmen eine Schuldentilgung vornehmen. Weiter weist er darauf hin, in diesem Schreiben fehle ihm der Hinweis, dass sich die Stadt Emden als Mitglied der Nds. Städtetages der Resolution anschließe.

Herr Lutz betont, wenn die Stadt Emden sich der Resolution anschließen würde, statt eine eigene zu entwerfen, dann habe das auch den Sinn, zu zeigen, dass Emden ein Teil des Landes Niedersachsen sei. Etwa 60 % der Menschen in Niedersachsen würden in den Städten leben. Für diese Städte müsse man zeigen, dass es ein gemeinschaftliches Interesse gäbe. Unter diesen Städte seien auch welche, die nicht so hohe Gewerbesteuereinnahmen hätten und deshalb unter Umständen ein Interesse daran hätten, dass eine oder andere im Steuerrecht zu ändern. Von daher stelle sich diese Resolution als ein Zusammenfassen aller Interessen dar. Aber auch für die Gemeinden und Städte, die geringe Gewerbesteuereinnahmen hätten, sei es trotzdem von Interesse, dieses Band zum Gewerbe tatsächlich aufrecht zu erhalten.

Bezüglich des Vorschlags zur Umsatzsteuer stellt Herr Lutz fest, die Umsatzsteuer habe bei der Stadt Emden in den letzten fünf Jahren eine Einnahme von etwa 3,2 Mio. € pro Jahr ausgemacht. Hier sollte man sich überlegen, wie der Anteil steigen müsste, um die durchschnittliche Gewerbesteuer der letzten fünf Jahre von 31 Mio. € zu ersetzen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/1581 beigefügte Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0
----------------	-----------------	-----------------

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 6 100 % Ökostrom beziehen;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2009
Vorlage: 15/1426

Herr Renken erklärt, durch verschiedene Umstände sei der Antrag erst jetzt auf die Tagesordnung gekommen und beziehe sich in seiner Intention auf einen Ratbeschluss aus dem Jahre 2007. Seinerzeit habe man sich in einer längeren Debatte letzten Endes darauf verständigt, bis zum Ende der Ratsperiode mindestens 30 % Ökostrom zu beziehen. Schon damals sei es in der Diskussion um die Kosten gegangen, die ein solcher Umstieg mit sich bringen würde. Das sei ein entscheidendes Argument gewesen, warum man nicht auf 100 % Ökostrom umsteigen wollte. Mittlerweile seien jedoch drei Jahre vergangen und im Grunde genommen habe sich der Preis für Ökostrom dem des konventionellen Stroms aus Kohle und Atom genähert, sodass hier Mehrkosten in Höhe von knapp 26.000 € entstehen würden. Dieses sei weniger als 1/3 dessen, was der Ökostrom vor drei Jahre gekostet habe. Wenn man so rechne, könne man jetzt 100 % Ökostrom zu den Kosten vor drei Jahren für 30 % Ökostrom bekommen. Umweltpolitisch und klimawirksam würde dieses bei einer Umstellung auf 100 % Ökostrom eine Einsparung von 2,2 Mio. kg CO² jährlich bedeuten bei Mehrkosten von knapp 20.000 €. Herr Renken wirft die Frage auf, welcher Bürger in Emden sei nicht dazu bereit, 50 Cent pro Jahr dafür aufzubringen, dass 2,2 Mio. kg CO² vermieden werden könne.

Weiter weist Herr Renken darauf hin, wenn Schulen gebaut würden, dann würde sich auch die Ausschreibung so gestalten, dass dort nicht gesundheits- und umweltschädliche Produkte ein-

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

gesetzt würden. Er stelle sich die Frage, warum dieses nicht auch bei der Strombeschaffung gemacht werde. Es dürfe nicht gleichgültig sein, dass Strom mit einem durchaus noch hohen Anteil an Kohlendioxid und Atomstrom bezogen würde. All das seien seiner Meinung nach Fragen, die man sich in dieser Diskussion stellen müsse. Dieses sage er auch vor dem Hintergrund der Einsparziele, die der Kämmerer formuliert habe. Wenn man alle Argumente durchdenke, könne man eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dieses Ziel zu 100 % zu fixieren. Seine Fraktion wolle sich hierbei nicht unbedingt auf das Jahr 2012 festlegen und sei durchaus mit einer dementsprechenden Änderung einverstanden.

Herr Lutz stellt fest, wenn man sich auf das Ziel verständige, zu einem späteren Zeitpunkt, Ökostrom zu 100 % zu beziehen, gehe er davon aus, dass hier keiner damit ein Problem habe. Er würde nur ein Problem darin sehen, wenn man sich auf einen möglichst baldigen Termin einige. Weiter erklärt Herr Lutz, in der nächsten Zeit müsse man sich darüber unterhalten, dem Bürger nicht nur 50 Cent mehr zuzumuten, sondern 260 €. Denn in diesem Jahr werde mehr verbraucht, als an Einnahmen vorhanden sei. Dieses sei eine Belastung für die Bürger. Das Ziel wäre dann erreicht, wenn Ökostrom und konventioneller Strom preislich zusammen liegen würden, dann könne eine 100 %ige Ökostromversorgung gemacht werden.

Herr Lutz führt aus, die Stadt Emden vermindere durch die energetische Sanierung der städtischen Gebäude vielmehr die CO²-Produktion, ebenso wie durch die Umstellung der Lichtzeichenanlagen mit LED-Technik und durch die Sparmaßnahmen bei den Straßenlaternen. Zudem stelle sie ihre Dachflächen zur Verfügung, um dort Ökostrom herzustellen. Auch stärke man den Stadtwerken den Rücken, wenn diese sich eine neue Windkraftanlage kaufen wolle. Zusammenfassend sei festzustellen, dass schon relativ viel getan werde und dadurch auch gewisse Belastungen entstanden seien. Gerade bei Investitionen in den Schulen werde Wert darauf gelegt, weniger Energie zu verbrauchen. Doch diese Belastungen müssten sich auf Dauer tragen. Bei der Gründung des Gebäudebetriebes im Jahre 2004 habe man von vornherein gesagt, energetische Sanierung solle betrieben werden und durch die eingesparten Energiekosten würden die Darlehen für den Umbau der Schulen zurückgezahlt werden können. Von daher würde er davon abraten, das Geld, welches für die Darlehen vorgesehen sei, dazu zu verwenden, um die Mehrkosten für den Ökostrom zu decken.

Herr Schulze stellt fest, den Ausführungen von Herrn Lutz habe er nicht mehr viel hinzuzufügen. Auch seine Fraktion sei dieser Ansicht. Allenfalls könne man eine Willenserklärung für die Zukunft abgeben und sich darauf verständigen, dass es erstrebenswert sei, 100 % Ökostrom zu beziehen, wenn sich die finanzielle Situation der Stadt Emden gebessert habe. Damit setze man auch ein Zeichen für die Bürger.

Herr Ammersken erklärt, er müsse diesen Beschluss heute leider ablehnen, da in einen Prozess eingegriffen werde, den alle gemeinsam vereinbart hätten, nämlich bis zum Ende der Ratsperiode auf 30 % Ökostrom zu kommen. Wenn man dieses erreicht habe, sollte man darüber reden, ob der neue Rat nicht eine weitere Zielvorgabe mache. Dann könne man auf 100 % kommen. Eine heutige Festlegung auf das Jahr 2012 halte er nicht für sinnvoll.

Frau Hoffmann kann sich den Worten von Herrn Ammersken nur anschließen. Sicherlich sei es das Bestreben aller, CO² einzusparen, doch jetzt zu beschließen und unter Umständen mit höheren Kosten zu rechnen, werde von ihrer Fraktion abgelehnt.

Herr Koziolk stellt fest, aus den gleichen Gründen werde auch er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Er frage sich, wenn jede Kommune 100 % Ökostrom beziehen würde, ob dann wirklich auf Kohlekraftwerke und Kernenergiekraftwerke verzichtet werden könne.

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Renken stellt fest, jeder, der heute auf Ökostrom umsteige, trage dazu bei, auch die Pläne für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ad absurdum zu führen. Weiterhin gäbe es Vorrang für erneuerbare Energien im Gesetz. Seiner Meinung nach müssten alle, die für den Atomausstieg seien, eigentlich mit Begeisterung seinem Antrag folgen. Seine Fraktion wolle nicht, dass die Regierung über 2020 hinaus noch Atomstrom betreibe. Der Preis sei nicht allein das entscheidende Argument, sondern die Zukunftsfragen seien ganz entscheidend. Weiter führt Herr Renken aus, zu Recht werde immer angeführt, man müsse einsparen und die Effizienz erhöhen. Zudem müsse man im Auge behalten, die erneuerbaren Energien zu stärken. Das mache man als öffentlicher Beschaffer, indem man möglichst viel Ökostrom beziehe.

Abschließend stellt Herr Renken fest, nun höre er von der Verwaltung und den anderen Fraktionen, das Ziel sei zwar richtig, aber man lasse den Zeitrahmen offen. Er halte dieses für eine merkwürdige Zielvorgabe und vermute, dass am Ende wahrscheinlich nicht viel herunkommen werde. Er würde sich darüber freuen, wenn man sich auf einen Zielzeitraum verständigen könne und halte seinen Antrag aufrecht.

Herr Strelow bemerkt, jeder, der gegen diesen Antrag sei, sei nicht automatisch gegen eine CO₂-Einsparung. Gerade die Stadt Emden habe einen Vorbildcharakter, was das Thema Energieeinsparung angehe. Hier sei bereits viel gemacht worden und wenn nicht gleich alles umsetzbar sei, dürfe man das Ziel nicht aus den Augen lassen, auch gerade in Anbetracht der finanziellen Situation. Wenn man weiter an den Energieeinsparungen arbeite, dann sei man auf dem richtigen Weg.

Frau Orth erklärt, die CDU-Fraktion wolle keine Mehrbelastung der Bürger, da diese in naher Zukunft vielfältige Mehrbelastungen hinnehmen müssten. Zudem bitte sie zu bedenken, dass der sogenannte Ökostrom aus dem Netz komme. Man sollte einmal darüber nachdenken, wie hoch dabei der Anteil an Atomstrom sei.

Herr Ammersken stellt fest, seine Fraktion wolle keinesfalls die Umstellung auf Ökostrom auf unbestimmte Zeit verschieben. Man könne gerne über ein anderes Jahr oder auch über einen anderen Prozentsatz reden.

Beschluss: Die Stadt Emden bezieht für alle städtischen Gebäude sowie die Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen in Konkretisierung und Weiterentwicklung des Ratsbeschlusses zum Bezug von Ökostrom vom 05.07.2007 mindestens 30 % zertifizierten Ökostrom ab dem 01.01.2010. Ziel ist die 100 %-Versorgung bis 2012. Die notwendigen Vertragsänderungen für den Strombezug sind mit den Stadtwerken Emden zu vereinbaren.

Mehrkosten gegenüber dem Bezug aus konventionellem Strommix werden aus den Einnahmen durch die Verpachtung von städtischen Dächern für Solarstrom und darüber hinaus aus Einsparungen von Energiekosten durch die energetische Sanierung und Erhöhung der Energieeffizienz städtischer Gebäude gedeckt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Ja-Stimmen: 1	Nein-Stimmen: 10	Enthaltungen: 0
---------------	------------------	-----------------

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 7 Neugestaltung von Grünflächen vor dem Verwaltungsgebäude;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.04.2010
Vorlage: 15/1547

Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 8 Verzicht auf verkehrsberuhigende Maßnahmen Conrebbersweg und Franeker Weg;
Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 12.05.2010
Vorlage: 15/1586

Frau Hoffmann erklärt, für die Emdener Bürgerinnen und Bürger sei es sicherlich nicht nachvollziehbar, aus welchem Grunde eine gut ausgebaute Straße mit einer Verkehrsberuhigung ausgestattet werden solle. Zumal bei einer Bereisung des Werksausschusses des BEE festgestellt worden sei, dass für die Beseitigung der Frostschäden ein Finanzbedarf in Höhe von 3,2 Mio. € bestehe. Ihrer Meinung nach könne es nicht sein, dass nunmehr für eine Verkehrsberuhigung 120.000 € zur Verfügung gestellt würde, während die Haushaltskonsolidierungsgruppe anschließend um wenige Tausend Euro feilschen müsse. Wenn der Stadt Emden in einigen Jahren wieder mehr Geld zur Verfügung stehe, dann könne man immer noch über eine Verkehrsberuhigung dieser Straße nachdenken. Weiter gibt sie zu bedenken, dass sicherlich das Verkehrsaufkommen aufgrund des Nichtaufstiegs vom BSV Kickers zurückgegangen sein müsste. Insofern würde die CDU-Fraktion keine Veranlassung sehen, dass diese Straße jetzt verkehrsberuhigt werde. Für eine Übergangszeit könne ihres Erachtens eine kostengünstigere Lösung wie z. B. das Aufstellen von Kübeln gefunden werden.

Frau Hoffmann führt weiter aus, der Vorsitzende der CDU-Fraktion habe diesen Antrag am 12.05.2010 gegen 10.00 Uhr an die Verwaltung und auch an die anderen Fraktionsvorsitzenden geschickt, damit dieser Punkt in der heutigen Sitzung behandelt werden könne. Sie moniert, dass keine drei Stunden später eine andere Fraktion ebenfalls einen Antrag gestellt habe, der inhaltlich fast identisch gewesen sei.

Herr Ammersken schließt sich den Ausführungen von Frau Hoffmann weitestgehend an, da der Antrag der FDP-Fraktion in die absolut gleiche Richtung gehe und erklärt, es sei momentan einfach nicht darstellbar, im Zuge der Diskussion um die kommunalen Haushalte solche Maßnahmen durchzuführen. Er bezieht sich auf die Schulausschuss-Sitzung in der vergangenen Woche, bei der es nicht gelungen sei, Gelder für die Container der IGS zur Verfügung zu stellen. Herr Ammersken erinnert an den Ausbau dieser Straße in den 80-er Jahren. Seinerzeit hätten die Anwohner genau das Gegenteil von dem verlangt, was sie heute verlangen würden. Aus diesem Grunde sollte man auch daran festhalten. Wenn dieses Geld nunmehr ausgegeben werde, setze man ein Signal, was unvermeidbar sei. Seines Erachtens seien im Moment verkehrsberuhigende Maßnahmen nicht möglich. Das bedeute jedoch nicht, dass es nie gemacht werden könne.

Herr Strelow führt aus, die Bürgerinnen und Bürger würden eine gewisse Verlässlichkeit erwarten. Hinsichtlich der Verkehrsberuhigung würde ein Ratsbeschluss vorliegen. Aus diesem Grunde stünde die SPD-Fraktion den Anträgen der CDU und FDP ablehnend gegenüber. Wenn man damit beginne, einmal beschlossene Ratsbeschlüsse immer wieder aufzuwärmen, dann drehe man sich im Kreise.

Herr Renken erklärt, er habe schon in seiner Haushaltsrede angemerkt, dass seine Fraktion dieser Maßnahme in der haushaltspolitischen Beratung ablehnend gegenüberstehe. Zwar hätten die Grünen dem Haushaltsplan wie die anderen Fraktionen auch zugestimmt. Doch er habe

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

deutlich gemacht, dass er diese Maßnahme unter den gegenwärtigen Umständen keinesfalls für vertretbar halte. Auch er könne sich daran erinnern, mit welchem Nachdruck man seinerzeit bei den Anwohnerversammlungen gefordert habe, eine möglichst breite Straße auszubauen. Zwar möge heute eine andere Generation dort leben, doch müsse auch festgestellt werden, dass sich die finanzielle Situation noch dramatischer entwickelt habe und die Mittel besser und wirksamer im Bereich der Straßensanierung bei der Beseitigung der Winterschäden einzusetzen seien. Seiner Meinung nach seien diese Anträge völlig zu Recht gestellt worden. Im Übrigen erinnere er an die getroffene Vereinbarung, wenn eine Fraktion einen Antrag gestellt habe, dass nicht anschließend die nächste Fraktion einen gleichlautenden Antrag stelle.

Frau Hoffmann stellt heraus, ihre Fraktion habe von Anfang an bei den Haushaltsberatungen klar gesagt, dass sie den Antrag des SPD-Ortsvereins ablehnen würde. Sie schlägt vor, dort Geschwindigkeitsmessungen durch die Polizei vorzunehmen zu lassen. Sie sei davon überzeugt, dass es sich bei der Mehrheit der Raser um Anwohner handeln würde. Diese Erfahrung habe man bereits in anderen Stadtteilen gemacht.

Herr Schulze erklärt, Verlässlichkeit bedeute hier, dass der Ratsbeschluss nicht aus irgendwelchen Gründen gekippt werde. Die Forderung nach verkehrsberuhigenden Maßnahmen sei bereits über zehn Jahre alt. Daher könne man das Argument Kickers nicht unbedingt stehen lassen. Seiner Ansicht nach verhalte es sich so, dass die Mehrheitsfraktion hier einen Beschluss gefasst habe, den die anderen Fraktionen verhindern wollten. Da dieses stimmenmäßig nicht funktionierte, habe man nunmehr eine Möglichkeit gesehen, hier noch einmal mit der Brechstange anzusetzen. Das sei mit der SPD-Fraktion nicht zu machen. Seiner Ansicht nach könnten die hier eingesparten Mittel im Vergleich zu den 3,5 Mio. € für die Beseitigung der Frostschäden nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ sein.

Herr Ammersken betont, wenn man bei „dem Tropfen auf dem heißen Stein“ nicht anfangen, käme man nie zu einer vernünftigen Haushaltskonsolidierung. Er halte es für gefährlich, sich in der heutigen finanziellen Situation permanent auf die Ratbeschlüsse zurückzuziehen. Zudem müsse es erlaubt sein, Ratsbeschlüsse auf ihre Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Es werde ständig davon gesprochen, gemeinsam in den Haushaltsberatungen in eine Aufgabenkritik zu gehen. Dieses bedeute aber auch, dass man den Bürgern an der einen oder anderen Stelle sagen müsse, dass etwas zurzeit nicht mehr gehe. Seines Erachtens seien diese so einsichtig, dieses auch zu erkennen.

Herr Koziolk stellt heraus, seine Fraktion habe in der Vergangenheit ebenfalls immer wieder darauf hingewiesen, dass Städteverschönerungsmaßnahmen bei dieser kritischen Finanzlage unverantwortlich seien. Aus diesem Grunde habe er dem letzten Haushalt nicht zugestimmt. Diese heutige Beschlussvorlage würde jedoch seine Zustimmung finden.

Herr Renken bemerkt hinsichtlich der Verlässlichkeit, dieses sei ein Wort, was ihn direkt zum Schulausschuss in der letzten Woche bringe. Der Auftritt von Herrn Mecklenburg habe genau diese Verlässlichkeit in Zweifel gezogen, sodass der Fraktionsvorsitzende zwei Tage später dieses klarstellen musste. Dadurch sei eine erhebliche Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger entstanden.

Weiter führt Herr Renken aus, bei einem anderen Tagesordnungspunkt sei der Begriff Klientelpolitik gefallen. Dieses würde er auch auf das derzeitige Thema stark anwenden. Er gibt zu bedenken, man müsse sich vor den Einwohnern der ganzen Stadt rechtfertigen, wenn man an einer Stelle so viel Geld in die Hand nehme, während an einer anderen Stelle ein großer Handlungsbedarf sei. Hier sollte noch einmal darüber nachgedacht werden.

Niederschrift Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Frau Hoffmann unterstützt die Ausführungen von Herrn Renken. Zu der Zeit, als der Haushalt verabschiedet worden sei, sei noch gar keine Rede von dem Defizit gewesen. Dieses habe sich erst im Nachhinein herauskristallisiert. Ihrer Ansicht nach müsse es im Rat einer Stadt auch legitim sein, Dinge zu ändern, wenn man feststelle, dass es in die verkehrte Richtung gehe.

Beschluss: sh. beigefügten Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Ja-Stimmen: 5	Nein-Stimmen: 6	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Haushaltskonsolidierung

Herr Lutz bittet die Fraktionen, sich darüber Gedanken zu machen, welche Mitglieder sie in die Haushaltskonsolidierungsgruppe entsenden möchten. Zur Zeitschiene führt er aus, am 17.06.2010 erwarte er Vertreter der Kommunalaufsicht aus dem Nds. Innenministerium, die zum Thema Haushaltskonsolidierung vortragen würden. Herr Lutz schlägt vor, dass sich die Haushaltskonsolidierungsgruppe am 21.06.2010 nach dem Verwaltungsausschuss treffe, um sich über den zeitlichen Fahrplan zu verständigen, sodass man nach der Sommerpause konkret in die Arbeit einsteigen könne.

TOP 10 Anfragen

Straßenausbaubeitragssatzung

Herr Renken fragt bezüglich der Straßenausbaubeitragssatzung an, ob es zutreffe, dass für die Instandhaltung der Straße keine Gebühren erhoben werden könnten, sondern nur, wenn Straßen neu angelegt bzw. grundlegende Veränderung durchgeführt würden.

Diese Frage wird von **Herrn Lutz** bejaht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.